

Antrag auf dem SPD-Unterbezirksparteitag Hildesheim:

Finanzierung der Kommunen – Pflichtaufgaben auskömmlich finanzieren!

Antragssteller/Gliederung: SPD-OV in der Gemeinde Algermissen

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag, Landtagfraktion

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Niedersachsen und ganz Deutschland muss grundlegend verbessert werden, um die kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und die Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Pflichtaufgaben nachhaltig zu gewährleisten.

Die SPD im Landkreis Hildesheim fordert daher von Bund und Land:

1. Reform der Schlüsselzuweisungen und Anpassung an reale Bedarfe

- Eine **grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs** mit einer bedarfsgerechten Anpassung der Schlüsselzuweisungen.
- Die **Verteilung der Mittel muss sich stärker an den tatsächlichen Kosten kommunaler Pflichtaufgaben** orientieren, insbesondere in den Bereichen Kita-Betreuung, Ganztagschulausbau, Sozialhilfe und Infrastruktur.

2. Verbindliche Konnexitätsregelungen zur Entlastung der Kommunen

- **Jede neue Pflichtaufgabe für Kommunen muss vollständig gegenfinanziert sein** ("Wer bestellt, bezahlt").
- Eine **gesetzliche Absicherung der Konnexitätsregelung**, damit Kommunen nicht länger unfreiwillig Aufgaben des Landes oder Bundes aus eigenen Haushalten stemmen müssen.

3. Nutzung der Reform der Schuldenbremse für nachhaltige Investitionen in kommunale Infrastruktur

- Der Bund plant eine **Reform der Schuldenbremse**, die den Ländern eine **jährliche Neuverschuldung von 0,35 % des BIP** ermöglicht. Diese Mittel müssen gezielt in die Kommunen fließen.

- Die **100 Milliarden Euro aus dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur** müssen vorrangig für kommunale Investitionen verwendet werden, insbesondere für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Verkehrsinfrastruktur.

4. Einrichtung einer überparteilichen Expertenkommission zur nachhaltigen Kommunalfinanzierung

- Die SPD Niedersachsen wird beauftragt eine **überparteiliche Expertenkommission initiieren**, die sich mit der nachhaltigen **Reform der Kommunal Finanzen** befasst.
- Diese Kommission soll **bis Herbst 2025 konkrete Vorschläge** erarbeiten, die eine verlässliche Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben sicherstellen und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.
- Die Expertenkommission soll von Anfang an Vertreter:innen aus Kommunalverwaltungen, der Wissenschaft, kommunalen Spitzenverbänden sowie von CDU/CSU, Grünen und weiteren demokratischen Parteien außerhalb der Parlamente einbinden.
- Ziel ist es, **frühzeitig tragfähige Reformvorschläge zu entwickeln**, die anschließend gemeinsam mit den Fraktionen im Landtag und später auch im Bundestag umgesetzt werden können.

5. Ausbau erneuerbarer Energien zur Stärkung der kommunalen Einnahmeseite

- **Kommunen müssen stärker an den Erträgen erneuerbarer Energien partizipieren.** Hierzu sind landes- und bundespolitische Weichenstellungen notwendig, um direkte Beteiligungen an Wind- und Solarparks zu erleichtern.
- Die Kommunalparlamente müssen **besser über Beteiligungsmöglichkeiten informiert** werden, um aktiv von neuen Erzeugungsanlagen profitieren zu können.
- Das Land Niedersachsen muss gezielt Programme auflegen, um **kommunale Beteiligungsmodelle an Wind- und Solarprojekten** zu fördern.

Begründung:

Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr

Die finanzielle Situation vieler Kommunen ist angespannt. Sie werden zunehmend dazu verpflichtet, neue Aufgaben zu übernehmen, ohne dass eine angemessene Finanzierung erfolgt.

Besonders betroffen sind:

- **Kita-Ausbau und Ganztagschule:** Die Einführung der Ganztagsbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von den Kommunen finanziert werden kann.
- **Soziale Pflichtaufgaben:** Kommunen tragen immer größere Kostenanteile für Sozialleistungen, obwohl sie kaum Einfluss auf deren Gestaltung haben.
- **Krankenhausfinanzierung:** Viele Kommunen zahlen Millionenbeträge zur Deckung der Defizite lokaler Kliniken – eine Landes- und Bundesaufgabe!

Das aktuelle "Infrastrukturpaket" des Bundes reicht nicht aus

Berechnungen kommunaler Spitzenverbände zeigen, dass Niedersachsen nach aktuellem Schlüssel etwa **1 Milliarde Euro pro Jahr erhält**, davon maximal **500 Millionen Euro für Kommunen**.

Glaubwürdigkeit der SPD: Wir tragen Verantwortung in Kreis, Land und Bund

Die SPD stellt in Niedersachsen den Ministerpräsidenten, hat die Mehrheit im Kreistag Hildesheim und ist im Bund voraussichtlich auch in der nächsten Regierung vertreten. Es darf nicht sein, dass sich diese politischen Ebenen gegenseitig blockieren oder kritisieren. Eine gemeinsame Lösung zur Stärkung der Kommunalfinanzen ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.